



Geschäftsordnung für den Kreisrat Oberengadin

Gestützt auf Art. 21 Abs. 3 der Kreisverfassung vom Kreisrat erlassen am 12. März 2009

Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Zweck

Die vorliegende Verordnung regelt die Organisation und den Betrieb des Kreisrats, soweit sich dies nicht bereits aus der Kreisverfassung ergibt.

Art. 2

Kreisratssitzungen

¹⁾Die Einberufung und Beschlussfähigkeit von Kreisratssitzungen richtet sich nach Art. 22 der Kreisverfassung. In der Regel finden acht Kreisratssitzungen im Jahr statt.

²⁾Die Kreisratsmitglieder erhalten die notwendigen Unterlagen frühzeitig zugestellt. Sie sind gehalten, an allen Sitzungen teilzunehmen und diese nicht vorzeitig zu verlassen. Begründete Entschuldigungen sind der Sitzungsleitung vor Sitzungsbeginn mitzuteilen.

Art. 3

Verzeichnis offener Geschäfte

¹⁾Der Kreisvorstand führt ein Verzeichnis der offenen Geschäfte. Dieses umfasst insbesondere pendente parlamentarische Vorstösse und hängige Volksinitiativen.

²⁾Das Verzeichnis liegt jeder Einladung zu den Kreisratssitzungen bei.

Art. 4

Amtsgeheimnis

Die Mitglieder des Kreisrates, des Kreisvorstandes, der Kommissionen und Arbeitsgruppen sind in amtlichen Angelegenheiten, die ihrer Natur nach oder gemäss besonderer Vorschrift geheim sind, zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Art. 5

Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte

¹⁾Die Kreisratsmitglieder haben gegenüber dem Kreisvorstand sowie den Vorsitzenden der Kommissionen und Arbeitsgruppen im Rahmen ihrer parlamentarischen Arbeit und unter Vorbehalt des Amtsgeheimnisses das Recht auf Auskünfte.

²⁾Kommissionen haben zu den ihnen zugewiesenen Geschäften dieselben Auskunfts- und Einsichtsrechte.

Art. 6

Offenlegung von Interessenverbindungen

¹⁾Beim Eintritt in den Kreisrat orientieren die Kreisratsmitglieder den Kreisvorstand schriftlich über:

- a. berufliche Tätigkeiten;
- b. Tätigkeiten in Führungs- und Aufsichtsgremien von Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des privaten und öffentlichen Rechts;
- c. dauernde Leitungs- und Beratungsfunktionen für bündnerische, schweizerische und internationale Interessensgruppen.

²⁾Änderungen werden zu Beginn jedes Amtsjahres durch den Kreisvorstand erhoben. Das Register über die Tätigkeiten der Kreisratsmitglieder ist öffentlich.

Art. 7

Ausstandspflichten

¹⁾Die Mitglieder eines ordentlichen Kreisorgans, einer Kommission oder Arbeitsgruppe sowie Mitarbeitende haben bei Verhandlungen und Abstimmungen über Angelegenheiten in Ausstand zu treten, wenn sie selbst, ihre Ehegatten, ihre eingetragenen Partner, die mit ihr eine faktische Lebensgemeinschaft führende Person, ihre Verwandten oder Verschwägerten in gerader Linie oder ihre Geschwister am Geschäft ein unmittelbares persönliches Interesse haben.

²⁾Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission haben bei der Prüfung der Rechnungs- und Geschäftsführung einer Behörde, Kommission, Arbeitsgruppe oder Amtsstelle, welcher sie selbst angehören oder der eine mit ihnen im Ausschlussverhältnis im Sinne von Art. 9 Abs. 1 der Kreisverfassung stehenden Person angehört, in den Ausstand zu treten.

³⁾Ob Ausstandsgründe vorliegen, entscheidet der Kreisrat im Ausstand der betroffenen Person.

Fraktionen

Art. 8

Fraktionen

¹⁾Fünf oder mehr Kreisratsmitglieder können sich zu einer Fraktion zusammenschliessen. Die Fraktionen beraten die Geschäfte vor.

²⁾Bei der Wahl der Kommissionen und Arbeitsgruppen sollen die Fraktionen in der Regel gemäss ihrer Stärke im Kreisrat angemessen vertreten sein.

Art. 9

Konstitution und Fraktionsvertretung

Die Fraktionen konstituieren und organisieren sich selbst. Ihre Meinung wird durch eine Fraktions-sprecherin oder einen Fraktions-sprecher vertreten.

Verhandlungen

Art. 10

Vorsitz

¹⁾Der Kreispräsident oder die Kreispräsidentin, bei Verhinderung deren Stellvertreter oder Stellvertre-terin, führen von Amtes wegen (Art. 27 der Kreisverfassung) den Vorsitz im Kreisrat. Sind beide ver-hindert, wählt der Kreisrat ein Kreisratsmitglied für den Tagesvorsitz.

²⁾Der oder die Vorsitzende sorgt für die Einhaltung der Geschäftsordnung und der parlamentarischen Sitten.

Art. 11

Stimmenzählung und Wahlbüro

Zu Beginn jeder Kreisratssitzung werden zwei Kreisratsmitglieder für das Zählen der Stimmen ge-wählt.

Art. 12

Diskussion und Verhandlungssprachen

¹⁾Der oder die Vorsitzende eröffnet vor jeder Abstimmung über den vorgelegten Gegenstand die Dis-kussion. Das Wort wird in der Regel in der Reihenfolge erteilt, in welcher es verlangt wird.

²⁾Die Verhandlungssprachen sind Schriftdeutsch und Romanisch.

Art. 13

Verhandlungsvorschriften

¹⁾Bei aller Freiheit haben sich die Rednerinnen und Redner ehrverletzender Äusserungen zu enthal-ten. Der oder die Vorsitzende rügt umgehend allfällige Verstösse (Ordnungsruf).

²⁾Bei Widersetzlichkeiten und fortgesetztem ungebührlichem Benehmen kann der Kreisrat mit zwei Dritteln der Stimmen ein Mitglied von der Sitzung ausschliessen.

Art. 14

Redezeit

¹⁾Mit Ausnahme allfälliger Kommissionsreferentinnen und -referenten darf in der Regel niemand länger als fünf Minuten und mehr als zweimal zum gleichen Diskussionspunkt sprechen.

²⁾Für eingeladene Referentinnen und Referenten wird die Redezeit vorgegeben.

Art. 15

Eintretensdebatte

- ¹⁾Bei Sachvorlagen wird eine Eintretensdebatte geführt.
- ²⁾Wird in der allgemeinen Diskussion zu einem Geschäft ein Antrag auf Nichteintreten oder Rückweisung gestellt, ist die Diskussion auf diesen Antrag beschränkt, und es ist vor Weiterführung der allgemeinen Diskussion darüber abzustimmen.
- ³⁾Werden sowohl ein Antrag auf Nichteintreten als auch einer auf Rückweisung gestellt, so ist zuerst über das Nichteintreten zu entscheiden.

Art. 16

Ordnungsanträge

- ¹⁾Über Ordnungsanträge wird sofort abgestimmt.
- ²⁾Wird ein Antrag auf Schluss der Diskussion gestellt, ist darüber sofort abzustimmen. Bereits angemeldete Redner dürfen sich vorher noch äussern.
- ³⁾Ein Antrag auf Schluss der Diskussion bedarf zu seiner Annahme einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen.

Art. 17

Rückkommensanträge

Rückkommensanträge sind am Schluss der Beratung eines Geschäfts bis vor der Schlussabstimmung zulässig.

Art. 18

Wiedererwägung

- ¹⁾Ein Beschluss des Kreisrates kann diesem jederzeit zur Wiedererwägung unterbreitet werden. Vorbehalten bleiben Rechte Dritter.
- ²⁾Vor Ablauf eines Jahres seit der Beschlussfassung hat der Kreisrat auf eine Wiedererwägung nur dann einzutreten, wenn dies mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Kreisratsmitglieder beschlossen wird.
- ³⁾Für die Abstimmung über den materiellen Antrag genügt die einfache Mehrheit.

Art. 19

Weitere Lesungen

Bei wichtigen Vorlagen kann der Kreisrat weitere Lesungen beschliessen.

Abstimmungen und Wahlen

Art. 20

Abstimmungs- und Wahlverfahren

Das Verfahren von Abstimmungen und Wahlen richtet sich nach Art. 22 der Kreisverfassung.

Art. 21

Bekanntgabe der Anträge

¹⁾Vor der Abstimmung gibt der oder die Vorsitzende dem Kreisrat die gestellten Anträge im Wortlaut bekannt und ordnet an, in welcher Weise abgestimmt werden soll. Auf Verlangen des oder der Vorsitzenden sind Anträge schriftlich einzureichen.

²⁾Einwendungen dagegen werden vom Kreisrat sofort erledigt.

Art. 22

Abstimmungsreihenfolge

¹⁾Unterabänderungsanträge sind vor den Abänderungsanträgen und diese vor den Hauptanträgen zur Abstimmung zu bringen.

²⁾Liegen zwei oder mehr Hauptanträge vor, werden sie nebeneinander zur Abstimmung gebracht, wobei jedes Mitglied nur einem von ihnen zustimmen darf. Dabei fällt derjenige Antrag weg, welcher die wenigsten Stimmen erhalten hat. Hierauf wird das gleiche Verfahren auf die übrig gebliebenen Anträge angewendet, bis einer die Mehrheit erhält.

³⁾Der obsiegende Antrag ist der Schlussabstimmung zu unterbreiten.

Art. 23

Offene und geheime Wahlen und Abstimmungen

¹⁾In der Regel wird offen gewählt und abgestimmt.

²⁾Auf Antrag eines Kreisratsmitgliedes erfolgt die Wahl und Abstimmung geheim.

Art. 24

Ermittlung des Resultats

¹⁾Anträge und Vorlagen sind angenommen, wenn die Zahl der Ja-Stimmen die Hälfte der gültigen Stimmen übersteigt. Bei Stimmengleichheit ist die Vorlage abgelehnt.

²⁾Das Gegenmehr sowie die Enthaltungen sind festzustellen.

Parlamentarische Vorstösse

Art. 25

Grundsatz

Jede Kommission und jedes Kreisratsmitglied hat das Recht, allein oder in Verbindung mit anderen Kreisräten bei dem oder der Vorsitzenden nach Massgabe der nachfolgenden Bestimmungen schriftlich und begründet Motionen und Postulate sowie Anfragen einzureichen.

Parlamentarische Vorstösse im Einzelnen

Art. 26

a) Motion

Eine Motion ist ein selbständiger, von mindestens einem Drittel der Kreisratsmitglieder unterstützter Antrag, der den Kreisvorstand verpflichten will, dem Kreisrat den Erlass, die Abänderung oder Aufhebung eines Gesetzes, einer kreisrätlichen Verordnung oder eines Kreisratsbeschlusses vorzuschlagen.

b) Postulat

Das Postulat ist eine von mindestens einem Drittel der Kreisratsmitglieder unterstützte Anregung an den Kreisvorstand, auf dem Gebiet der Verwaltung oder Gesetzgebung in bestimmter Richtung tätig zu werden oder Bericht zu erstatten.

c) Anfragen

¹⁾Jedes Kreisratsmitglied kann in sämtlichen Angelegenheiten bis spätestens eine Woche vor der Kreisratssitzung Fragen an den Kreisvorstand einreichen.

²⁾Diese dürfen keine Anträge enthalten.

Behandlung

Art. 27

a) Motion und Postulat

¹⁾Der Kreisvorstand erstattet dem Kreisrat schriftlich Bericht und stellt zu Motionen und Postulaten Antrag.

²⁾Der Kreisvorstand kann beantragen, Motionen oder Postulate ganz oder teilweise zu überweisen oder abzulehnen.

³⁾Er kann auch beantragen, eine Motion in ein Postulat umzuwandeln. Substanzielle Textabänderungen bedingen eine Neueingabe.

b) Anfragen

Der Kreisvorstand beantwortet Anfragen anlässlich der nächsten Kreisratssitzung mündlich. Es findet darüber keine Diskussion statt.

Beratung

Art. 28

Motion und Postulat

- ¹⁾Eine Diskussion findet nur statt, wenn eine Motion oder ein Postulat vom Kreisvorstand oder aus dem Kreisrat bekämpft oder die Diskussion beschlossen wird.
- ²⁾Wenn ein sachlicher Zusammenhang mit einem hängigen Geschäft besteht, können beantwortete Motionen oder Postulate gleichzeitig beraten werden.
- ³⁾Ist eine Motion oder ein Postulat zum Zeitpunkt der Beratung im Kreisrat vollzogen, kann die Motion oder das Postulat mit der Überweisung als erfüllt abgeschrieben werden.
- ⁴⁾Am Schluss der Beratung beschliesst der Kreisrat, ob der Vorstoss an den Kreisvorstand im Sinne der Beratungen zu überweisen oder abzulehnen ist.

Art. 29

Fristen

- ¹⁾Motionen, Postulate sowie Anfragen sind in der Regel an der folgenden Sitzung, spätestens innert vier Monate nach Einreichung im Kreisrat zu behandeln.
- ²⁾Wird eine Motion als erheblich erklärt oder ein Postulat überwiesen, so setzt der Kreisrat dem Kreisvorstand eine angemessene Frist (maximal ein Jahr) an, innert welcher das Geschäft vor den Kreisrat gebracht werden muss.
- ³⁾Kann der Kreisvorstand eine der Fristen aus wichtigen Gründen nicht einhalten, hat er vor deren Ablauf dem Kreisrat Bericht zu erstatten. Dieser kann die Frist angemessen erstrecken.

Kommissionen

Art. 30

Geschäftsprüfungskommission

- ¹⁾Die Zusammensetzung und Aufgaben der Geschäftsprüfungskommission bestimmen sich nach Art. 15 sowie Art. 29f. der Kreisverfassung.
- ²⁾Ein Mitglied der Geschäftsprüfungskommission kann nicht gleichzeitig in einer anderen Kommission oder Arbeitsgruppe Einsitz nehmen.

Art. 31

Ständige Kommissionen

- ¹⁾Die Zusammensetzung und Aufgaben der ständigen Kommissionen bestimmen sich nach Art. 31 der Kreisverfassung sowie nach den entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen.
- ²⁾Es sind dies insbesondere die
 - Kommission für das Spital und das Alters- und Pflegeheim;
 - Kommission öffentlicher Verkehr;
 - Regionalplanungskommission.

³⁾Für den Tourismusrat und dessen Kommissionen bestehen eigenständige gesetzliche Grundlagen.

Art. 32

Arbeitsgruppen

¹⁾Der Kreisrat kann für die Vorberatung von Geschäften oder für Projekte Arbeitsgruppen einsetzen, namentlich wenn Geschäfte nicht in den Aufgabenbereich einer ständigen Kommission fallen oder um deren ausgewogene Auslastung zu erzielen.

²⁾Deren Aufgaben und Kompetenzen richten sich nach dem Beschluss des Kreisrates.

Art. 33

Tätigkeit, Organisation und Abstimmung

¹⁾Die Kommissionen und Arbeitsgruppen nehmen die ihnen übertragenen Aufgaben wahr, beraten die ihnen zugewiesenen Geschäfte, treffen notwendige Abklärungen und stellen Antrag an den Kreisrat. Variantenvorschläge sind möglich.

²⁾Vorbehältlich anders lautender gesetzlicher Bestimmungen konstituieren und organisieren sie sich selbst.

³⁾Jede ordnungsgemäss einberufene Sitzung ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. Die Abstimmung erfolgt offen. Mitglieder sind zur Stimmabgabe verpflichtet.

Protokolle

Art. 34

Inhalt und Form

¹⁾Über die Verhandlungen des Kreisrates wird ein Protokoll geführt. Dieses enthält:

- a) den Namen des oder der Vorsitzenden, Namen und Anzahl der anwesenden und abwesenden Kreisrats- und Kreisvorstandsmitglieder;
- b) die namentlich aufgeführten Erwägungen in ihren Grundzügen und in gedrängter Form;
- c) die Verhandlungsgegenstände, den vollen Wortlaut der zur Abstimmung gebrachten Anträge und die Ergebnisse von Abstimmungen und Wahlen;
- d) eingereichte parlamentarische Vorstösse;
- e) alle Beschlüsse und Erlasse.

²⁾Das Protokoll wird den Kreisratsmitgliedern in der Regel innert drei Wochen zugestellt.

Art. 35

Berichtigung und Genehmigung

¹⁾Das Protokoll wird dem Kreisrat zur Genehmigung vorgelegt und dann von dem oder der Vorsitzenden sowie von dem oder der Protokollführenden unterzeichnet.

²⁾Über allfällige Berichtigungsanträge entscheidet der Kreisrat.

Art. 36*Kommissionen und Arbeitsgruppen*

Über Sitzungen von Kommissionen und Arbeitsgruppen wird ein Protokoll geführt. Für dessen Inhalt und Form gilt Art. 34 sinngemäss.

Schlussbestimmung**Art. 37***Inkrafttreten*

Diese Geschäftsordnung tritt am 12. März 2009 in Kraft.